

Rüstige SeniorInnen – ein brach liegendes Potential für die Freiwilligenarbeit?

Ruth Gurny

Der Wunsch der meisten alten Menschen ist so einfach wie nachvollziehbar: Man möchte selbstständig zu Hause wohnen bleiben, auch wenn man Unterstützung, Betreuung und Begleitung im Alltag braucht, auch wenn Haushaltarbeiten wie Putzen, Waschen, Kochen, Einkaufen oder administrative Arbeiten Mühe bereiten. Naheliegend ist da natürlich, auf die Unterstützung durch die eigene Familie zurückzugreifen. Diese Hilfe ist aber nicht immer leicht organisierbar. Oft wohnen die Töchter (oder Söhne) nicht in der Nähe oder sind selbst mit Erwerbs- und Care-Arbeit bis zum Rand ihrer Möglichkeiten belastet. Unterstützung bei kommerziellen Care-Anbietern einzukaufen, ist für viele aus ökonomischen Gründen keine Option. Und weil der Sozialstaat aus ›Kostengründen‹ nicht imstande zu sein scheint, den Unterstützungsbedarf im Alltag als selbstverständlichen Teil des Service public sicherzustellen, kommt es oft zum Eintritt ins Altersheim, ›weil es anders nicht mehr geht‹. Für viele Betroffene ist dieser Schritt sehr schwierig und mit heftigem innerem Widerstand verbunden. Zudem ist gerade diese Lösung für den Sozialstaat mit relativ hohen Kosten verbunden. Da bieten sich die ›rüstigen SeniorInnen‹ als geradezu ideale Lösung an, um die Lücke kostengünstig oder gar kostenlos zu stopfen ...

Vom Ruhestand über den Unruhestand zum produktiven Alter

Die Strategie bürgerlicher SozialpolitikerInnen, auf freiwillige SeniorInnen zu setzen, ist hoch kompatibel mit dem neuen Altersbild des ›produktiven Alters‹, das seit Beginn des neuen Jahrtausends den Altersdiskurs prägt. Ein kurzer Blick in die jüngere Vergangenheit lässt erkennen, wie massiv sich die Altersbilder in unserer Gesellschaft verändert haben.¹ Noch weit bis Mitte des 20. Jahrhunderts war es auch in der Schweiz für viele Menschen, die nicht auf ein grosses Vermögen zurückgreifen konnten, notwendig, bis ins hohe Alter zu arbeiten. Falls die Gesundheit dies nicht zulies, musste die Familie einspringen, ansonsten drohte eine massive Verarmung. Ein Ruhestand im Sinne einer materiell gesicherten Lebensphase war nur für privilegierte alte Menschen möglich. Die Forderung nach einer Altersversicherung, die ein würdiges Leben ohne Armut ermöglichte, stand denn auch jahrzehntelang auf der Forderungsliste der Arbeiterbewegung.

Im europäischen Vergleich sehr spät wurde dann in der Schweiz 1948 die AHV ins Leben gerufen und nochmals deutlich später die obligatorische berufliche Vorsorge. Erst mit dem langsamen Auf- und Ausbau dieser beiden Sicherungsinstrumente wurde eine erwerbsarbeitsbefreite nachberufliche Lebensphase für viele Menschen Realität. Ein materiell gesichertes Leben ohne Arbeitsverpflichtung, ein ›würdiger Ruhestand‹, entsprach nun der gesellschaftlichen Vorstellung über den letzten Lebensabschnitt der Menschen.

Mit den 1970er Jahren veränderten sich die gesellschaftlichen Auffassungen. Anstelle des Ruhestandes trat die Vorstellung des ›Unruhestandes: ›Wer rastet, der rostet‹, lautete das neue Motto, die SeniorInnen wurden zu sinnstiftenden (Freizeit-)Aktivitäten und gesunder Lebensführung aufgefordert. Walking, Aktivurlaub in den Bergen, aber auch das Seniorenstudium wurden populär. Viele Gründungen von Seniorenuniversitäten gehen denn auch auf diesen Zeitraum zurück. Dieser Wandel des Altersleitbildes ging Hand in Hand mit einem gesundheitspolitischen Paradigmenwechsel. Das Konzept der Salutogenese² fand den Weg in die breite Öffentlichkeit: Im Zentrum soll nicht (nur) der Kampf gegen die Krankheit stehen, sondern der Erhalt eines gesunden Körpers und Geistes. Altern wird je länger je mehr als beeinflussbarer Prozess gesehen und mit entsprechender Aktivität sollen Körper und Geist möglichst lang fit gehalten werden. Das materielle Sicherheitsversprechen der Altersversicherung AHV und der beruflichen Vorsorge blieb zwar noch unberührt, aber es waren bereits Anklänge an die ›aktivierende Sozialpolitik‹ wahrnehmbar, die in den nachfolgenden Jahrzehnten die Diskussion beherrschen werden. Wer sich nicht frühzeitig und nachhaltig um sich selbst, um die Entwicklung und den Erhalt seiner individuellen Fähig- und Fertigkeiten kümmert, wird zum Risiko und zur Belastung für die Allgemeinheit. Man muss also alles tun, um sich fit und gesund zu erhalten und die Gesellschaft (und das System der Gesundheitsversorgung) nicht zu belasten.

Das neue Jahrtausend treibt diese Spirale weiter an: Anstelle des Unruhestandes kommt nun die gesellschaftliche Forderung nach einem ›produktiven Alter‹. Nach ihrer Pensionierung sollen die Menschen nicht mehr einfach nur an sich denken und ihren individuellen Vorlieben nachgehen. Sie werden vielmehr aufgefordert, zivilgesellschaftlich aktiv zu werden. Die physischen, sozialen und kognitiven Kompetenzen, die den verjüngten Alten seit dem Unruhestand-Dispositiv zuerkannt werden, sollen zum Nutzen der Allgemeinheit eingesetzt werden, sozusagen als Gegenleistung für die gewährte materielle Sicherheit. Die Forderung wird seitens der neoliberalen Politik umso dringlicher formuliert, als die Alterssicherung aufgrund der demografischen Entwicklung eine Belastung, wenn nicht gar Bedrohung für die Gesellschaft werde.

Das brachliegende Potential der leistungsfähigen RuheständlerInnen, die über erhebliche Zeitressourcen verfügen, soll nun nutzbar gemacht werden, um die Care-Krise im Betreuungs- und Pflegebereich zu entschärfen: Die fitten Pensionierten sollen sich gemeinnützig und freiwillig an die Arbeit machen. Rasch finden die PR-Abteilungen der politisch Verantwortlichen schöne Begriffe wie die ›Compassionate Community‹, der ›Caring Communities‹ oder der ›sorgenden Gemeinschaft‹. Gemäss diesem Diskurs gehört das Thema der Care-Arbeit ›in die Mitte der Gesellschaft‹ und soll nicht an anonyme sozialstaatliche Akteure delegiert werden (Klie 2015, 213).

Freiwilligenarbeit – einige Zahlen

Seit einiger Zeit dokumentiert das Bundesamt für Statistik die volkswirtschaftliche Bedeutung der Freiwilligenarbeit recht detailliert (2016). Diesen Angaben kann entnommen werden, dass im Jahr 2016 in der Schweiz 9.2 Milliarden Stunden unbezahlt gearbeitet wurde, dagegen nur 7.9 Milliarden Stunden für bezahlte Arbeit. Das Zeitvolumen der unbezahlten Arbeit übersteigt also beträchtlich dasjenige der bezahlten Arbeit. Vom Gesamtvolumen der unbezahlten Arbeit gehen 77 Prozent an die Hausarbeiten und 16 Prozent an Betreuungsaufgaben für Kinder und Erwachsene im eigenen Haushalt. Die gesamte im Jahr 2016 geleistete unbezahlte Arbeit wird auf einen Geldwert von 408 Milliarden Franken geschätzt.³ Dabei macht die Hausarbeit mit 293 Milliarden Franken oder rund 72 Prozent des Gesamtwertes den grössten Anteil aus, während Betreuungsaufgaben auf 81 Milliarden oder 20 Prozent des Gesamtwertes geschätzt werden.

Zeitbanken: Spare in der Zeit, dann hast du in der Not?

Die Zahlen aus den Erhebungen rund um die Freiwilligenarbeit weisen allerdings auf ein erhebliches Problem hin: Die Leute engagieren sich gerne für Bekannte und Verwandte, auf bedeutend mehr Schwierigkeiten stösst aber das Engagement für Fremde.⁴ Trotz der Tatsache, dass das Motiv ›anderen Menschen helfen‹ in der Altersgruppe der über 60-Jährigen am häufigsten genannt wird, fällt die Gruppe stark ab in ihrer Verfügbarkeit für Fremde. Helfen ja, aber nicht irgendwem, sondern Menschen, mit denen man einen vertrauten Umgang hat.

Mit dem Instrument der Zeitbanken meint man hier eine Lösung gefunden zu haben: Senioren unterstützen Betagte auf das Versprechen hin, die geleistete Zeit einlösen zu können, wenn sie in Zukunft selber auf Hilfe angewiesen sind. Das Motiv der Selbstvorsorge soll stärker wirken als die Scheu respektive die Abwehr, sich ausserfamiliär oder ausserhalb des Freundeskreises zu engagieren.

In der Schweiz wird die Idee der Zeitbanken vom Verein KISS Schweiz

repräsentiert, die sich als »schweizweit geldfreie 4. Vorsorgesäule mit Zeitgutschriften« darstellt. Der Verein KISS stellt den zu gründenden Genossenschaften für die ganze Schweiz die rechtlichen Umsetzungsgrundlagen zur Verfügung, um damit »schweizweit die Voraussetzungen für die in Zukunft notwendige Betreuung und Begleitung zu schaffen und im Rahmen der 4. geldfreien Vorsorgesäule sicherzustellen« (www.kiss-zeit.ch).

Am längsten aktiv ist die Stiftung Zeitvorsorge St. Gallen, die seit 2014 operativ ist. Das Projekt zielt darauf ab, Leute zu gewinnen, die in der Altenbetreuung »hauswirtschaftliche und sozialbegleiterische Leistungen erbringen«, wie der St. Galler Stadtrat damals schrieb. »Das Modell einer Zeitvorsorge greift auf alte und traditionelle Verhaltensmuster zurück: Gesunde sind für die Kranken da, die Starken setzen sich für die Schwachen ein. Auch wenn es sich nicht immer um offensichtliche Tauschbeziehungen handelt, spielt der Tauschgedanke dabei dennoch eine Rolle: Wer heute hilft, hofft, dass ihm oder ihr später auch einmal geholfen wird. Dieser einfache Grundgedanke liegt auch der Zeitvorsorge zugrunde« (Stadtrat St. Gallen 2012, 15). Die Stadt leistet eine Garantie in Höhe von 3.4 Millionen Franken: Sollte das Projekt aus irgendwelchen Gründen beendet werden und niemand mehr da sein, der sich in Zeit entgelten lässt, würde die Stadt den Personen, die Zeit angespart haben, die benötigten Dienstleistungen mit Geld aus dem Garantiefopf bezahlen.

Nach einigen Betriebsjahren liegen nun auch erste Evaluationen vor. Die meisten Studien weisen darauf hin, dass das System noch »ausbaufähig« sei, offenbar sind sowohl Angebot wie auch Nachfrage noch eher dürftig. Trotzdem wird unentwegt dafür geworben, das ideologische und ökonomische Interesse der involvierten Behörden scheint recht gross zu sein. Am offensichtlichsten wird das in der Studie des Büros Bass. Die Autoren (Künzi, Oesch, Jäggi 2016) versuchten im Auftrag des Vereins KISS Schweiz zu errechnen, wie gross der ökonomische Nutzen für Gemeinden ist, wenn sie sich dem KISS-Modell anschliessen. Sie kommen zum Schluss, dass sich auf Grund der empirisch verfügbaren Daten für die Gemeinden bei ihrer aktuellen Beteiligung an KISS ein positiver Nutzen ergibt, sofern sich bei zwei Prozent der KISS-Mitglieder ein Pflegeheimenritt um mindestens sechs Monate verzögert. Das Zeitvorsorgesystem biete – so die Evaluationsstudie – insgesamt eine gute Möglichkeit, neue Freiwillige zu gewinnen und das Potential der ambulanten Unterstützung auszuschöpfen, damit betreuungsbedürftige Personen länger in ihrem eigenen Haushalt leben können.

Eine verborgene Agenda?

Rund um das Instrument der Zeitbanken sind einschmeichelnde Töne zu vernehmen: Es wird an die ›Solidarität der Angehörigen des dritten Alters

mit den Angehörigen des vierten Lebensalters« appelliert. Unüberhörbar sind aber gleichzeitig die Signale aus der neoliberalen Ecke: Das Engagement im Rahmen der Zeitbanken wird zur Investition in die vierte Säule der Alterssicherung. Mit dem aktiven Ansparen von Rückerstattungsansprüchen werden die Menschen im Rentenalter angehalten, sich als »Unternehmer ihrer selbst« zu definieren und sich um die eigene Daseinsvorsorge zu kümmern, solange sie noch fit und munter sind. Dabei geht allerdings wieder einmal die innerfamiliäre Hilfe leer aus: Wer Angehörige pflegt, bekommt keine Gutschriften in die neu zu schaffende vierte Säule, wird also später von anderen keine Zeit beziehen können. Das ist unschön, passt aber ins gewohnte Bild, das wir aus der zweiten Säule kennen: Auch hier gehen all diejenigen (d. h. vor allem Frauen) leer aus, die Familienarbeit leisten.

Zum Schluss noch dies: Freiwillig arbeiten heisst aus intrinsischer Motivation tätig werden. Freiwillig geleistete Arbeit sollte eigentlich keinen Warencharakter haben. Wenn nun aber freiwillige Arbeit entlohnt wird, sei es in Geldeinheiten oder geldwerten Zeiteinheiten, verliert sie ein konstitutives Element ihrer Identität. Man arbeitet sogenannt freiwillig, um Gutschriften in der vierten Säule zu erwirken. Das kommt im Kern einer Verlängerung der biographischen Phase der Erwerbsarbeit gleich und hier offenbart sich die verborgene Agenda des Modells: Das, was auf den ersten Blick so schön klingt – nachbarschaftliche Sozialpolitik, neues Miteinander, Kultur des Helfens – führt zu einem langsamen Abbau des sozialen Rechts auf ein gesichertes Alter. Was sich mit Nähe, Wärme und Entbürokratisierung tarnt, entpuppt sich als kühl geplante Sparpolitik. Wollen wir das?

Fussnoten

1 Eine ausführliche Beschreibung dieser Veränderungen findet sich z. B. bei Lessenich, Otto 2005.

2 Salutogenese ist die Wissenschaft von der Entstehung und Erhaltung von Gesundheit und kann als Gegenstück zur Pathogenese verstanden werden, welche die Entstehung von Krankheit beschreibt. Das Konzept geht auf Aaron Antonovsky zurück. Ihn interessierte vor allem, welche Faktoren wichtig sind, um gesund zu werden und zu bleiben.

3 Bei der Schätzung des fiktiven Geldwertes der unbezahlten Arbeit wird berechnet, wie viel die privaten Haushalte einer über den Markt engagierten Person für die Ausführung dieser unbezahlten Tätigkeiten bezahlen müssten. Siehe dazu die Ausführungen zum Satellitenkonto Haushaltsproduktion. Ziel des Satellitenkontos Haushaltsproduktion (SHHP) ist es, eine Verbindung zwischen der unbezahlten Arbeit und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) herzustellen. Die Bruttowertschöpfung der privaten Haushalte macht 2016 nicht weniger als 41 Prozent der um die Haushaltsproduktion erweiterten Gesamtwirtschaft aus (Bundesamt für Statistik 2017).

4 Siehe dazu Freitag et al. 2016.

Literatur

Boos, S. (2012): Zeit statt Geld – die Währung für die Frau. in: WOZ, 28. Juni

Bundesamt für Statistik (2017): Satellitenkonto Haushaltsproduktion 2016: Die unbezahlte Arbeit ist 408 Milliarden Franken wert (Medienmitteilung). Neuchâtel

Freitag, M.; Manatschal, A.; Ackermann, K.; Ackermann, M. (2016): Freiwilligen-Monitor Schweiz 2016. Zürich

Harringer, R. (2014). Zeitvorsorge – Solidarität zwischen der dritten und vierten Generation. In: Finanzierung von Betreuung und Pflege im Alter. Rüslikon/Bern

Künzi, K.; Oesch, T.; Jäggi, J. (2016): Quantifizierung des Nutzens der Zeitvorsorge KISS. Bern

Lessenich, S. (2009): Aktivierungspolitik und Anerkennungsökonomie. In: Soziale Passagen, 1(2), 163–176. <https://doi.org/10.1007/s12592-009-0030-2>

Lessenich, S.; Otto, U. (2005): Zwischen ›verdientem Ruhestand‹ und ›Alterskraftunternehmer‹: Das Alter in der Aktivgesellschaft – eine Skizze und offene Fragen zur Gestalt eines ›Programms‹ und seinen Widersprüchen. In: Otto; U. (Hrsg.): Partizipation und Inklusion im Alter – aktuelle Herausforderungen, 5–18. Jena

Stadtrat St. Gallen (2012): Vorlage Stadtparlament vom 8. Mai 2012. Gründung einer Stiftung zur Zeitvorsorge. St. Gallen

Trageser, J.; Angst, V.; von Stokar, T.; Petry, C. (2017): Evaluation des St. Galler Zeitvorsorgemodells. Zürich